



Landesregierung setzt Koalitionsvertrag um

Wie wir bereits in der Südwestpresse nachlesen konnten, setzt unsere Landesregierung den Koalitionsvertrag um - der Privatbesitz großkalibriger Pistolen soll verboten werden.

Die Schützenverbände in Baden-Württemberg werden sich gemeinsam gegen die Reduzierung ihrer vom Bundesverwaltungsamt genehmigten und in den Sportordnungen verankerten Disziplinen wehren.

Für weitere Stellungnahmen ist es allerdings wichtig, den genauen Inhalt des Schreibens von Innenminister Gall und die Reaktion des Bundesinnenministers zu erfahren. Diese Informationen werden wir in Kürze erhalten.

Selbstverständlich werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, ein Verbot zu verhindern. Nach wie vor setze ich auf eine sachliche, besonnene und zielorientierte Debatte.

Für den Moment bitte ich euch, keine unbedachten und nicht abgestimmten Aktionen loszutreten. Wir rechnen damit, dass erneut auch von außerhalb unseres Verbandes Aggressoren auf unsere Schützen zukommen werden, euch Unterstützung anbieten und euch auffordern, sich an die Verbandsführung zu wenden und Maßnahmen einzufordern. Mittlerweile ist es auch eine kleine parteilich organisierte Randgruppe, die unsere Anliegen vertreten möchte. Wir werden dieses Vertretungsangebot prüfen und dann entscheiden, ob es wirklich eine Unterstützung sein kann, oder ob über diese Schiene nur neue Mitglieder geworben werden sollen.

Ich bitte um euer Vertrauen, dass ich in enger Zusammenarbeit mit den Schützenverbänden in Baden-Württemberg unser Anliegen sehr gut vertreten werde und wenn Aktionen notwendig erscheinen, diesen Zeitpunkt erkennen und um eure Hilfe bitten werde.

Wendet euch bitte direkt an mich wenn es Informationen gibt, die für unser Vorgehen wichtig erscheinen. Ebenso wäre ich dankbar für Rückmeldungen, wer über gute Kontakte zu Bundespolitikern verfügt, wir werden alle Unterstützung brauchen, die wir bekommen können.

Über unsere Homepage werden wir laufend über den aktuellen Stand informieren.

Eure Landesoberschützenmeisterin
Hannelore Lange

Im Dezember 2011

[Der Bericht in der SÜDWEST-Presse](#)